

Wen vertritt Peschorn - und wenn ja, wie viele?

Einwurf. Die unterschiedlichen Auffassungen von WKStA und Finanzprokuratur.

VON ANDREAS POLLAK

Das Bundeskanzleramt (BKA) wehrt sich gegen eine Sicherstellungsanordnung der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) – und will Mitarbeiter-Daten nicht herausgeben. Unterstützt wird das BKA medial durch die Finanzprokuratur, dessen Präsidenten und „Anwalt der Republik“ Wolfgang Peschorn. Dessen gesetzliche Aufgabe ist die Rechtsvertretung im Interesse des Staates. Die Staatsanwaltschaft wiederum hat die Aufgabe, im öffentlichen Interesse Straftaten aufzuklären. Sie darf zu diesem Zweck E-Mail-Postfächer ausheben und analysieren. Andererseits haben die Mitarbeiterinnen des BKA auch einen Anspruch auf Schutz vor ausufernder Erhebung ihrer Daten. Welche Interessen haben nun Vorrang: Die Aufklärung von Straftaten, das Amtsgeheimnis oder Persönlichkeitsschutz?

WKStA und Finanzprokuratur haben offenbar derzeit unterschiedliche Auffassungen darüber, welche öffentlichen Interessen liegen. Die WKStA meint, dass die Postfächer aller (wohl mehr als hundert) Mitarbeiter des BKA, welche mit dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit in den vergangenen Jahren Berührung hatten, notwendig seien. Beschuldigte hätten deren Postfächer bereits gelöscht, so dass es keinen anderen Weg gebe. Die Finanzprokuratur ist der Auffassung, die Anordnung der WKStA sei nicht konkret genug.

Die Hausdurchsuchung im BVT kommt in Erinnerung. Angeblich habe die Mitnahme geheimdienstlicher Daten das Vertrauen ausländischer Geheimdienste in den BVT nachhaltig beschädigt. Ähnliche Situationen will Peschorn offenbar in Bezug auf das BAK verhindern. Vor allem aber für Privatpersonen und Unternehmen war die Sicherstellung großer Datenmengen immer wieder ein großes Problem. Betroffene beklagen, dass jahrelange vertrauliche Kommunikation mit höchstpersönlichen Daten bzw. Geschäftsgeheimnissen Eingang in Straftaten und sogar

Untersuchungsausschüsse fänden. Regelmäßig erheben Betroffene Einsprüche und Beschwerden gegen den Umfang der Sicherstellungen, doch werden diese zumeist von den Strafgerichten abgewiesen. Es ist daher höchst bemerkenswert, dass jetzt staatliche Organe Sicherstellungen kritisieren.

Wenig Spielraum

Es fällt auf, dass die WKStA die Herausgabe von Unterlagen mittels strafprozessrechtlicher Anordnung fordert. Alternativ wäre die WKStA auch berechtigt, ein Amtshilfeersuchen zu stellen. Dann wäre das BKA aber berechtigt, die Herausgabe der Emailpostfächer wegen überwiegender öffentlicher Interessen zu verweigern. Zudem hat das Oberlandesgericht Wien bereits klargestellt, dass Amtshilfe grundsätzlich der Vorrang vor der Sicherstellung zukommen sollte. Die WKStA will offenbar dem BKA wenig Spielraum lassen.

Tatsächlich ist die Situation rechtlich komplex. Die Anordnung ist nicht veröffentlicht. Die Namen der betroffenen Bediensteten sind wohl nicht angeführt. Das BKA müsste daher selbst festlegen, welche Personen ausreichend in die Öffentlichkeitsarbeit involviert waren. Die seitens der Finanzprokuratur geäußerten Zweifel an der Bestimmtheit der Anordnung könnten daher durchaus berechtigt sein. Zusätzlich scheint es auch zweifelhaft, ob es wirklich verhältnismäßig ist, dass mehr als hundert E-Mail-Postfächer von Mitarbeitern jeder Hierarchieebene Eingang in einen Straftakt finden. Die WKStA müsste daher zuerst weitere Ermittlungen durchführen und zu jedem Betroffenen begründen, warum und für welche Dauer eigentlich dessen Postfach notwendig ist. Vielleicht wäre doch die Amtshilfe oder zumindest weitere Ermittlungen das gebotene Mittel. Man wird sehen.

Andreas Pollak ist Jurist und Ökonom. Er war Staatsanwalt bei der WKStA und ist heute Wirtschaftsstrafrechtsverteidiger und Partner der PetschePollak Rechtsanwalts GmbH.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON KARL-PETER SCHWARZ



Warum die Rechten gewinnen: „It's the migration, stupid!“

Wir brauchen selektive Regeln in der Einwanderungspolitik. Es bringt nichts, Zuwanderer zu integrieren, die sich nicht integrieren wollen.

„It's the economy, stupid!“ erklärte Bill Clinton vor 30 Jahren seinen Wahlsieg. „It's the migration, stupid!“ ist zurzeit die Antwort auf die Frage, wieso rechte Parteien in Schweden und in Italien die Parlamentswahlen gewinnen konnten. Ihr Erfolg ist nicht das Ergebnis eigener Verdienste, sondern des Versagens der europäischen Regierungen, die seit der Zuwanderungswelle der Jahre 2015/2016 nicht fähig oder willens waren, die illegale Massenmigration zu stoppen.

Während über die Inflation, die Gas- und den Krieg in der Ukraine gestritten wird, gelangen immer mehr Zuwanderer in die EU. In Deutschland, einem Zielpunkt der Migrationsströme, wurden um 35 Prozent mehr Asylanträge gestellt als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (die Flüchtlinge aus der Ukraine werden gesondert gezählt).

Nach immer ist die Balkanroute der Zugang zu einer besseren Welt. Sie zu schließen, das heißt die Lücken zu stopfen, ist eine Daueraufgabe. Es ist gut, dass sich die Regierungschefs von Österreich, Serbien und Ungarn in Budapest trafen, um dies gemeinsam zu tun, denn, so Karl Nehammer: „Solange die EU nicht mit effizienten Maßnahmen eingreift, müssen wir uns selbst helfen.“ Er hätte hinzufügen können: aus eigenem Interesse, und ohne den Gegenwind aus Brüssel zu fürchten; aber das wäre sehr unösterreichisch gewesen.

Nun ist der Schutz der Grenzen zwar unerlässlich, reicht aber noch lang nicht aus, um den Zustrom zu stoppen. Wer es in die EU schafft, kann fast immer bleiben, dafür sorgen schon die Asylanwälte und die freundlich gesinnten Richter. Mit jedem, der es mithilfe des Zauberworts „Asyl“ geschafft hat oder als „Schutzsuchender“ geduldet wird, erhöht sich im Herkunftsland für viele der Anreiz, ebenfalls die gefährliche Reise zu wagen.

Die europäischen Gesellschaften sind allerdings dermaßen überaltert, dass ihnen ohne Zuwanderung eine dramatische Abnahme der Bevölkerung

droht. Darüber bestehend weitgehend Einigkeit. Von einer klugen Steuerung der Migration könnten beide Seiten profitieren: die Gastländer von den Arbeitskräften, die Herkunftsländer von den Geldern, die die Auswanderer an ihre Familien zu Hause überweisen. Aber leider fehlt es in der EU an Klugheit.

Migrationsforscher Ruud Koopmans kritisierte in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (28. 9.), dass Europa ausgerechnet Zuwanderer aus dem Nahen Osten und dem südlichen Afrika aufnimmt, denn „kein anderer Teil der Welt ist kulturell so weit entfernt von uns. Die Kombination von niedriger Bildungsqualifikation und kultureller Distanz führt dazu, dass diese Migranten oft nur schwer in den Arbeitsmarkt integrierbar sind. Die Frauen leben in patriarchalen Strukturen und dürfen nicht arbeiten. Viele beziehen Sozialleistungen und tragen damit auch nicht in positivem Sinne zur Gesellschaft und zur Wirtschaft bei.“ Es komme daher weniger auf die Integrationspolitik an.

In Kanada zum Beispiel „wird extrem streng selektiert. Da kommt man nur hinein, wenn man hohe Bildungsqualifikationen hat“. Europäische Länder hätten hingegen das Problem, „dass wir zu 90 Prozent ungesteuerte Migration haben. Nach geltendem Recht müssen wir die Asylanträge prüfen, viele werden abgelehnt, werden aber in irgendeiner Form geduldet, man kann jahrelang prozessieren, Dokumente wegschmeißen oder behaupten, man sei minderjährig. In Kanada ist es genau umgekehrt, da sind 90 Prozent der Migration gesteuert.“

Ruud Koopmans plädiert für legale Wege der Wirtschaftsmigration, damit die europäischen Länder „mehr Leute erhalten, die sie brauchen und integrieren können“ und die „Arbeitsmigranten mehr Möglichkeiten und echte Flüchtlinge mehr Schutz erhalten“. Grundverdienstliche Vorschläge. Um sie zu realisieren, bräuchte es auch in anderen Ländern Wahlergebnisse wie in Schweden und in Italien.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zum Autor: Karl-Peter Schwarz war langjähriger Auslands-korrespondent der „Presse“ und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Mittel- und Südost-europa. Jetzt ist er freier Journalist und Autor.

“
Wer es in die EU schafft, kann fast immer bleiben, dafür sorgen schon die Asylanwälte und die freundlich gesinnten Richter.

Morgen in „Quergeschrieben“: Anna Goldenberg

schen „Agenturen“ bestellen. Auch auf Korrekturwünsche des jeweiligen Betreuers wird dort flexibel eingegangen – also nicht einfach eine fertige Arbeit abgeliefert. Ein solches Vergehen ist für einen Betreuer ohne CIA-Ausbildung überhaupt nicht festzustellen.

Die Verantwortung der Betreuer soll hier keinesfalls kleiner werden. Mir ist es allerdings ein Herzensanliegen, die Grenzen unseres Handlungsspielraums aufzuzeigen.

ao. Univ.-Prof. Dr. Martin Vácha, 2483 Weiglisdorf

Aufruf zum Publikumsstreik

„Regie-Müll erstickt die Oper...“, *Zwischentöne von Wilhelm Sinkovitz*, 3.10. Zum Thema Regietheater/-oper (es ist ja auf den Sprechbühnen nicht anders): Solange das Publikum nicht „deswegen“, sondern „trotzdem“ kommt, wird sich nichts ändern. Solange nur obligat gewordene Buh-Rufe das Ende

einer Vorstellung besiegeln, wird sich nichts ändern. Solange pseudomoderner Kulturminister Freundschaftskontakten den Vorrang vor Profibesetzungen geben, wird sich nichts ändern. Der Mailänder Scala kann man nur gratulieren. – Ich rufe zum Publikumsstreik auf!

Ing. Helmut Dax, 1180 Wien

Ohne Dokumente sollte gar nichts gehen

„Die Flucht vor diesem unsinnigen Krieg ist nur menschlich“, *LA von Anna Gabriel*, 3.10.

Es ist zwar durchaus menschlich, einer aktiven Teilnahme an einem Krieg im Sinne von Brechts „Stell dir vor, es ist Krieg, aber keiner geht hin“ auszuweichen, doch die Befürchtung, dass sich unter den russischen Deserteuren, die Asylanspruch haben, auch Spione, Kriminelle und sonstige Problem-migranten befinden können, die teilweise gezielt eingeschleust werden, ist nicht unberechtigt. Aus den Erfahrungen mit der Flücht-

lingswelle seit 2015 aus vorwiegend moslemischen Ländern weiß man, dass sich unter den Migrationsströmen auch radikale Kräfte befunden haben, die sogar für Anschläge verantwortlich waren. Doch in Zeiten des „gläsernen Menschen“ kann es nicht so schwierig sein, sich jeden genau anzusehen und ohne Dokumente sollte überhaupt nichts gehen, denn niemand mit berechtigtem Asylanspruch hat einen Grund, seine persönlicher Identität zu verschleiern.

Mag. Martin Behrens, 1230 Wien

Wir sollten Europa nicht den Laien überlassen!

„Ursula von der Leyen, *Wahlhelferin der Rechtsextremen*“, *Quergeschrieben v. Christian Ortner*, 30.9. Ihr o. a. Quergeschrieben gehört eigentlich auf die Titelseite der „Presse“, auf die Titelseite aller Tageszeitungen in Europa. Genau das ist das Problem: Wir, und damit befürchte ich alle europäischen Regierungen, senden immer

jene Politiker nach Brüssel, die wir im eigenen Land nicht brauchen können. Frau von der Leyen ist nur eine davon. Viele Politikerinnen und Politiker haben noch nicht verstanden, was ihre Äußerungen bewirken (z.B.: Beistand Deutschlands in der Auseinandersetzung Chinas mit Taiwan).

Wie Sie richtig erkennen, die Aussagen von Frau von der Leyen zur neuen Regierung in Italien sind völlig kontraproduktiv und nicht sehr intelligent. Auch Viktor Orban wurde in einer demokratischen Wahl von einer Mehrheit der ungarischen Bevölkerung gewählt. Das müssen wir Europäer zur Kenntnis nehmen. Nur der Dialog mit schwierigen Menschen, insbesondere Politikern und Regierungschefs führt zu einer Deeskalation und einem dauerhaften Frieden. Da meine ich auch die Auseinandersetzung mit Wladimir Putin. In Österreich wird jeder, der nicht links von der Mitte denkt, als Rechter verurteilt. Und so werden die Rechtsextremen auch immer stärker.

Wäre gut, wenn Frau von der Leyen uns Europäer noch einmal die Vorteile der Europäischen Union erklären würde. War nicht die ursprüngliche Idee der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1952 „nie wieder Krieg“? Europa nimmt derzeit an einem Stellvertreterkrieg teil, kommt immer tiefer hinein und nur wenige kapieren es. Wir sollten daher Europa nicht den Laien überlassen!

Wolfgang Schuster, 1130 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
Online: Stefanie Kompatscher
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbrieft@diepresse.com
Debatte Online: diepresse.com/meinung
Debattebeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Leserbrieft: Die Redaktion behält sich vor, Leserbrieft zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.